



Inhalt

In eigener Sache – LAG Sprecherinnen informieren	1
Gleichstellung in Sachsen	3
Gleichstellung auf Bundesebene	5

In eigener Sache – LAG Sprecherinnen informieren

Auswertung Interne Dienstberatung

Am 11.06.14 fand die Interne Dienstberatung der LAG in der Stadtverwaltung Markkleeberg unter dem Motto „Stärke zeigen durch landesweite Gemeinschaftsaktionen“ statt. Die Begrüßung erfolgte durch den Oberbürgermeister Karsten Schütze (Markkleeberg), der die Anwesenden ermutigte weiterhin Engagement bei der Planung und Umsetzung von Aktionstagen zu zeigen. Ziel der Dienstberatung war es, sich auf einen Aktionstag zu einigen, für diesen eine gemeinsame Aktion zu planen und Verantwortlichkeiten dazu festzulegen. Dafür wurden in einem Inputreferat durch Karin Luttmann von der Landesstelle für Frauenbildung Sachsen mögliche Aktionstage vorgestellt, die in der anschließenden Arbeit in Kleingruppen einzeln auf ihre Umsetzbarkeit geprüft wurden. Als Ergebnisse wurden u. a. Weiterbildungswünsche, z. B. zum Equal Pay Day festgehalten. Der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.2014 soll für eine landesweite gemeinsame Aktion genutzt werden. Dafür sollen Aktionen in der 48. KW gemeinsam beworben werden. Es wurde auch vorgeschlagen eine gemeinsame Notfallkarte mit Notfallnummern in Sachsen zu verteilen und in ganz Sachsen den Film „Die Frau des Polizisten“ zu zeigen. Die Anfrage nach einer gemeinsamen Aktion mit der Sächsischen Bäckerinnung wurde durch den Innungsvorstand abgelehnt. Die Umsetzung einer gemeinsamen mit Apotheken wird noch geprüft.

Ein besonderer Dank gilt der Gastgeberin, Sabine Baldauf, Gleichstellungsbeauftragten von Markkleeberg, für die hervorragende Organisation, inhaltliche Vorbereitung und Durchführung am Veranstaltungsort.

Erste Wahlprüfsteine

Die Wahlprüfsteine wurden per Sondernewsletter vom 21.07.2014 weitergeleitet und stehen auf der Homepage bereit. Gefragt wurden die Landtagsparteien CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE zu ihren Wahlinhalten in Bezug auf die Gleichstellungspolitik, der Umsetzung von Gender Mainstreaming, Umgang mit Frauenquoten, der Novellierung des Sächsischen Frauenförderungsgesetzes, dem Beauftragtenwesen, der demografischen Entwicklung, der geschlechtersensiblen Berufsorientierung und Jugendarbeit, Maßnahmen gegen den Entgeltabstand und Häusliche Gewalt, sowie die Förderung von Familie und Beruf und der Verbesserung der Situation für Alleinerziehenden für die neue Legislaturperiode. Die Antworten der Parteien sowie eine Kurzfassung sind auf unserer Homepage veröffentlicht:

<http://www.gleichstellungsbeauftragte-sachsen.de/index.php?id=5>

Das Statistische Landesamt hat in seiner Medieninformation der Wahlleiter am 15.07.2014 bereits angekündigt, dass Frauen zur nächsten Landtagswahl am 31.08.2014 unterrepräsentiert sein werden. Unter den Personen, die von den Parteien für eine Kandidatur zur 6. Landtagswahl gestellt wurden, beträgt der Anteil der Direktbewerberinnen knapp 21 %. Die Bewerberinnen auf den Listen sind zu einem Viertel vertreten. Näheres dazu auch unter:

http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_s10_nav.prc_zwischenseite?p_thema=114306300&p_klapp=Bewerber

Auch junge Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Landtag sind in der Unterzahl. Um junge Wähler_innen zu informieren und für Politik zu interessieren wurde in Pirna ein interessantes Projekt gestartet.

<https://www.youtube.com/watch?v=tPbBvs6Py70>

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Sachsens
c/o Landratsamt Görlitz
Hugo-Keller-Straße 14
02826 Görlitz
Tel: 03581 663 9009
E-Mail: info@gleichstellungsbeauftragte-sachsen.de

Auswertung des Treffens mit den Sprecherinnen aus Sachsen-Anhalt und Thüringen

Am 07.07.2014 traf sich die LAG mit Brigitte Kowas, Sprecherin der BAG kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen und den LAG der kommunalen Frauenbeauftragten Sachsen-Anhalt und Thüringen. Inhalt des Treffens war ein gegenseitiger Austausch von Arbeitsinhalten sowie die aktuellen Landesgleichstellungsgesetze und deren anstehenden Novellierungen. Die Treffen sollen künftig einmal im Jahr stattfinden. Herzlichen Dank an Genka Lapön, Stadt Leipzig, für die Bereitstellung des Sitzungsortes sowie der Vorstellung ihrer Arbeitsschwerpunkte.

Folgende Termine sollten sich die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten im Zusammenhang mit der LAG unbedingt vormerken:

- | | |
|------------|--|
| 24.09.2014 | Interne Dienstberatung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in Meißen; Stiftung soziale Projekte –„SoPro“; Nossener Str. 46 in 01662 Meißen
hema wird noch bekannt gegeben |
| 12.11.2014 | Fachkonferenz der LAG zum Thema Sexismus
Chemnitz; Bürgerhaus am Wall (Stadtzentrum), 4. Etage
Die Fachtagung wird sich vor allem mit dem Sexismus-Begriff beschäftigen, wird auf Darstellungsformen von Sexismus im öffentlichen Raum eingehen und versuchen, geeignete Handlungsoptionen zu vermitteln. Außerdem wird sich die Fachtagung auch mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz beschäftigen und auf wirksame Interventionsmöglichkeiten hinweisen. |

Bitte: Wir bitten die Kolleginnen, Beispiele aus ihrem Wirkungskreis zu Sexismus und sexistischer Werbung zu sammeln. Digitale Daten können direkt an bettina.bezold@stadt-chemnitz.de gesendet werden, Material auf Papier (Postkarten, Werbungen etc.) bitte an:

Gleichstellungsbeauftragte Stadt Chemnitz
Bettina Bezold
Markt 1
09111 Chemnitz

Auf der internen Dienstberatung wird noch einmal näher auf dem Ablauf des Fachtages eingegangen.

Gleichstellung in Sachsen

MONAliesA mit Spenden gerettet

Die 1990 gegründete Leipziger Frauenbibliothek konnte erneut ihre Existenz retten, trotz Kürzungen durch die Stadt Leipzig. Bereits seit letztem Jahr musste der Verein auf personelle Unterstützung verzichten. Der alte Trägerverein musste in diesem Frühjahr zwar Insolvenz anmelden, aber dem neugegründeten gemeinnützigen Verein Lotta e. V. ist es über einen Online-Spenden-Aufruf unter <https://www.betterplace.org/de/projects/19508-rettet-die-monaliesa> gelungen, bereits einen Teil der notwendigen Miet- und Betriebskosten zu finanzieren. Ferner soll der auf über 20.000 Medieneinheiten geschätzte Bestand der Bibliothek verkleinert werden, um Räume zu sparen. Neben einem einzigartigen Bestand an Büchern zur DDR-Frauenbewegung zählt auch eine breite Palette an feministischer Literatur zum Bestand des Archives. Durch weitere Veranstaltungen wollen die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitere Mittel akquirieren, um die Bibliothek im Herbst wieder zu öffnen und für 2015 neue Fördermittel zu beantragen. Informationen zur Bibliothek und dem Spendenaufruf unter:

<http://monaliesa.wordpress.com/>

Rückblick auf die Aktion "Mut schöpfen" am 17.07.2014 in Chemnitz

Am internationalen Tag der Gerechtigkeit hat das Netzwerk der Chemnitzer Fraueninitiativen und der Gleichstellungsbeauftragten gemeinsam Mut geschöpft gegen Gewalt. Die Aktion wurde maßgeblich von IKOS Chemnitz und Wildwasser e.V. organisiert. Am Roten Turm wurden an die 1000 Gefäße aufgestellt. "Mut schöpfen" sollte auf das Ausmaß von Gewalt im sozialen Nahraum aufmerksam machen. Der Mut von Betroffenen, die in den letzten Jahren die Unterstützung von Schutzeinrichtungen, Beratungsstellen und Polizei in Anspruch genommen haben sollte gewürdigt werden. Gleichzeitig sollte mit der Aktion anderen Betroffenen Mut gemacht werden, sich Unterstützung zu suchen. Es gibt viele Möglichkeiten Mut zu schöpfen, Hilfe zu holen und zu helfen. Chemnitzerinnen und Chemnitzer aller Altersgruppen haben sich über das Thema informieren lassen. Viele zeigten sich betroffen vom Ausmaß der, denn von 2011 bis 2014 waren es 4835 Personen, die in Chemnitz Hilfe und Rat in Fällen Häuslicher Gewalt und Stalking gesucht haben.



Die Gleichstellungsbeauftragte des Erzgebirgskreis, Gabriele Noack, beim "Mut schöpfen" in Chemnitz. (Foto: <https://www.facebook.com/gleichstellungsbeauftragte.chemnitz/photos/a.465180010277550.1073741827.465065190289032/528022987326585/?type=1&theater>)

Die nächsten Aktionen "Mut schöpfen" werden im September und Oktober im Erzgebirgskreis stattfinden:

04.09.2014 in Annaberg

11.09.2014 in Olbernhau

30.09.2014 in Stollberg

16.10.2014 in Aue.

Näheres unter <http://www.mut-schoepfen.de/aktionen> und <https://www.facebook.com/mut.schoepfen>

Kita-Qualität in Sachsen

Im Ländermonitor der Bertelsmann-Stiftung 2013 landet der Freistaat aufgrund des geringen Personalschlüssels an Kinderbetreuungspersonal auf dem vorletzten Platz. In Sachsen müssen sich Erzieherinnen und Erzieher um 13,5 Kinder kümmern, dabei empfehlen verschiedene internationale Kommissionen eine pädagogische Kraft für maximal 7 Kinder ab 3 Jahren. Bei Kleinkindern sollte eine erwachsene Bezugsperson höchstens vier Kinder betreuen. In ostdeutschen Kitas und Krippen steht jedoch eine Erzieherin oder ein Erzieher durchschnittlich für 6,3 Kinder zur Verfügung. Der reale Betreuungsschlüssel verringert sich noch um die Zeiten für Elterngespräche, Teamsitzungen und Fortbildungen. Um den empfohlenen Betreuungsschlüssel zu erreichen werden in Sachsen 16.700 Erzieherinnen und Erzieher mehr benötigt. Die Stiftung schlägt vor in einem Bundes-Kita-Gesetz einheitlichen Standard den Betreuungsschlüssel bereit zu halten. Näheres zur Studie:

<http://www.laendermonitor.de/laendermonitor/aktuell/index.html>

Das in der Studie aufgezeigte Personalproblem bestätigen die 77.000 Unterzeichner und Unterzeichnerinnen der Petition "Weil Kinder Zeit brauchen", die am 18.06.2014 vom sächsischen Landtag an die Staatsregierung mit dem Beschluss die Forderungen in die Haushaltsberatungen für 2015/2016 zu berücksichtigen, überreicht wurde. Die Petition fordert einen Personalschlüssel von 1:4 im Krippen- und 1:10 im Kitabereich. Der Landtag ist allerdings nicht bereit, den für die Umsetzung der Maßnahmen erforderlichen Zusatzkosten i. H. v. 620 Millionen € im Jahr und die dafür vorgeschlagen Finanzierungsvorschläge, zu folgen.

Quelle: Freie Presse vom 20.06.2014

Der Generalsekretär des CDU-Landesverbandes Sachsen, Michael Kretschmer, hält per Pressemitteilung vom 25.07.2014 am Sächsischen Bildungsplan fest. Bereits in diesem Jahr wurde die Landespauschale für die Betriebskosten erhöht. In den kommenden Jahren soll der Personalschlüssel in Sachsen erhöht werden. Das BMFSJ kündigte für den Herbst die erste Bund-Länder-Konferenz zur Kindertagesbetreuung mit dem Thema Qualität an. Neben dem Kita-Ausbau will der Bund ab 2017 zusätzlich mit 100 Millionen Euro jährlich bei den Betriebskosten unterstützen.

Näheres unter:

<http://www.cdu-sachsen.de/inhalte/2/aktuelles/56904/michael-kretschmer-kindertagesstaetten-in-sachsen-sind-orte-der-fruehkindlichen-bildung-/index.html>

<http://www.bmfsfj.de>

Immerhin ist der Anteil von Männern in Kitas leicht gestiegen. Laut Medieninformation des Sächsischen Sozialministeriums vom 30.06.2014 arbeiteten am 1. März 2014 1.691 Männer als pädagogische Fachkräfte. Das entspricht einer Quote von 5,6 %. 2006 betrug der Anteil noch 1,5 %. Auch im Ausbildungsbereich interessieren sich mehr junge Männer für den Beruf. In Sachsen wurde von 2011-2013 das Bundesprojekt „MEHR Männer in Kitas“ durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband Sachsen umgesetzt. Näheres unter:

<http://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/193055>

Festveranstaltung "Eindeutig. Zweideutig."

Die LAG Mädchen und junge Frauen in Sachsen e.V. lädt anlässlich ihres 21. Geburtstages zur Festveranstaltung „Eindeutig. Zweideutig. Ist das noch ein Kompliment oder schon sexistisch?“ am 11.09.2014 von 15 - 18 Uhr in das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden ein. Mit Impulsre-

feraten und anschließender Podiumsdiskussion wird die Sexismus-Debatte in den fachlichen Fokus genommen. Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Anmeldung bis zum 31.08.2014 unter: demnitz@maedchenarbeit-sachsen.de.

Veranstaltungshinweise unter: <http://www.maedchenarbeit-sachsen.de/veranstaltungen/9/1539890/2014/09/11/eindeutig.-zweideutig.-ist-das-noch-ein-kompliment-oder-schon-sexistisch.html>

Fachstelle für Mädchenarbeit und Genderkompetenz der
Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen und junge Frauen in Sachsen e.V.
Katja Demnitz
Bautzner Straße 22 HH
01099 Dresden

Tel: 0351-8888790
E-Mail: post@maedchenarbeit-sachsen.de
www.maedchenarbeit-sachsen.de

Festwochenende 500 Jahre Barbara Uthmann

Die Veranstaltungen im Festjahr "500 Jahre Barbara Uthmann" erreichen am Wochenende vom 22.-24.08.2014 ihren Höhepunkt auf dem großen historischen Markt in Annaberg-Buchholz. Neben der feierlichen Enthüllung des Barbara Uthmann Denkmals werden u. a. auch ihr Hochzeitszug mit Christoph Uthmann dargestellt und ihr Wirken mit einer Orgelnacht und einem Festakt in der Sankt-Annen-Kirche gewidmet.

Das ganze Programm unter:

<http://www.annaberg-buchholz.de/de/tourismus/programm-festwochenende.php>

Weitere Veranstaltungen im Festjahr unter:

<http://www.annaberg-buchholz.de/de/tourismus/veranstaltungen-festjahr.php>

Gleichstellung auf Bundesebene

Einführung des ElterngeldPlus

Das Bundeskabinett hat am 04.06.2014 das Gesetz zur Einführung eines ElterngeldPlus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit beschlossen. Bisher wird das Elterngeld für maximal 14 Monate nach der Geburt des Kindes gezahlt und der Verdienst während der Teilzeit auf das Elterngeld angerechnet. Eltern, die in bis zu 30 Wochenstunden arbeiten, sollen ab dem 1. Juli 2015 das ElterngeldPlus doppelt so lange erhalten. Ein Elterngeldmonat wird zu zwei ElterngeldPlus-Monaten. Ergänzend gibt es einen Partnerschaftsbonus: Teilen sich Vater und Mutter die Betreuung ihres Kindes und arbeiten parallel für mindestens vier Monate zwischen 25 und 30 Wochenstunden, erhalten sie jeweils zusätzlich für vier Monate ElterngeldPlus. Alleinerziehende können das neue ElterngeldPlus im gleichen Maße nutzen.

Auch die Elternzeit wird flexibler. Eltern können wie bisher bis zum 3. Geburtstag eines Kindes unbezahlte Auszeit vom Job nehmen. Künftig können dazu ohne Zustimmung des Arbeitgebers 24 Monate statt bisher 12 zwischen dem 3. und dem 8. Geburtstag des Kindes genommen werden. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig plant mit den Unterstützungsleistungen für Familien die Einführung einer Familienarbeitszeit und den leichteren Wiedereinstieg. Zahlen und Fakten zum ElterngeldPlus können heruntergeladen werden unter:

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Pressestelle/Pdf-Anlagen/Pdf-2014/0406-elterngeldplus-zahlen-und-daten.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Bilanz erstes Jahr Betreuungsgeld

Seit dem 1. August 2013 haben Eltern für jedes Kind mit Vollendung des ersten Lebensjahres einen Rechtsanspruch auf das Betreuungsgeld, wenn eine Betreuung in einer Kindertagesein-

richtung nicht wahrgenommen wird. Die Studie „Kommunale Bedarfserhebungen“ des Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/TU Dortmund, die vom Bundesfamilienministerium gefördert wurde, hat einen Zusammenhang zwischen dem Bezug des Betreuungsgeldes und dem sozialen Status in Hinblick auf Migrationshintergrund und Bildungsstand der Eltern festgestellt. Die Umfrage von 100.000 Eltern in 93 Kommunen wurde allerdings vor der Einführung des Betreuungsgeldes von April bis Juni 2013 durchgeführt. Unter den 13 Fragen zur Kinderbetreuung wurde auch gefragt, ob das Betreuungsgeld der Grund dafür sei, wenn Eltern, auf eine externe Kinderbetreuung verzichten. Die Ende Juli durch die Medien bereits veröffentlichten Ergebnisse der Studie enthalten nicht die Schlusskorrekturen des Herausgebers. Weitere Informationen dazu unter: <http://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/index.php?id=317>

Mütterrente benachteiligt ostdeutsche Frauen

Die neu eingeführte Mütterrente benachteiligt ostdeutsche Frauen und arme Seniorinnen. Am 23.05.2014 beschloss der Deutsche Bundestag mit dem Rentenpaket, dass Frauen, die ihre Kinder vor 1992 bekommen haben, ab den 01.07.2014 zwei Rentenpunkte mehr gutzuschreiben. Dabei ist ein Rentenpunkt im Osten mit 26,39 € im Monat nach wie vor weniger wert als im Westen mit 28,61 €. Darüber hinaus kehrte ein Großteil der ostdeutschen Frauen (90 %) nach dem Babyjahr in den Beruf zurück und arbeitete überwiegend in Vollzeit. Der Rentenanspruch aus dem damals erzielten Einkommen wird mit der Mütterrente verrechnet. Für Seniorinnen, die eine Grundsicherung erhalten, wird die zusätzliche Mütterrente ebenfalls verrechnet. Ziel der Bundesregierung war damit lediglich ein Ausgleich für Frauen zu schaffen, die ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Betreuung der Kinder unterbrochen oder eingeschränkt haben. Damit bleiben die Vorzüge aus der Mütterrente für Frauen erhalten, die in dem traditionellen Familienbild der Zuverdiener-Ehe gelebt haben. Frauen, die vor dem 30. Juni 2014 schon Rente beziehen, erhalten die neue Mütterrente unabhängig vom früheren Einkommen. Auch von der Rente mit 63 erhalten Frauen aus dem Renten-Paket der Regierung keine Vorteile, da sie größtenteils aufgrund von Betreuungszeiten gar nicht auf die entsprechenden Beitragsjahre kommen können. Die 13 wichtigsten Fragen zur Mütterrente sind unter der Publikation so poaktuell Nr. 171 der ver.di abrufbar: <http://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/service/publikationen/++co++b0661b3e-34da-11e3-8730-52540059119e>
Quelle u. a.: <https://www.ihre-vorsorge.de/magazin/faktencheck/weniger-muetterrente-fuer-ostdeutsche.html>

Geplante Reform des Prostitutionsgesetzes

Entschließungsantrag des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 11. April 2014 Maßnahmen zur Regulierung von Prostitution und Prostitutionsstätten zum verbesserten Schutz vor Gewalt und Ausbeutung und zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von Prostituierten beschlossen. Damit soll die bereits im Koalitionsvertrag beschlossene Absicht, das Prostitutionsgesetz umfassend zu überarbeiten und die ordnungsbehördlichen Kontrollmöglichkeiten zu verbessern umgesetzt werden. Mit dem am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Prostitutionsgesetzes wurde die Sittenwidrigkeit der Prostitution abgeschafft und dem Prostitutionsgewerbe die Berufsfreiheit eingeräumt. Durch eine Evaluation des Gesetzes im Jahr 2007 wurde aber festgestellt, dass die Ziele der Eindämmung der mit der Prostitution einhergehenden kriminellen Begleiterscheinungen und die Verbesserung von Arbeitsbedingungen von Prostituierten kaum erreicht wurden. Tatsächlich besaß etwa nur ein Prozent aller Prostituierten einen Arbeitsvertrag.

Schätzungen gehen von etwa 400 000 größtenteils weiblichen Prostituierten mit hohem Migrationsanteil aus. Nach wie vor fehlen konkrete Angaben über die Anzahl von Prostituierten und deren Lebenssituationen und Bedarfe. Angaben über männliche und transsexuelle Prostituierte werden stark tabuisiert. Neben einer stärkeren Erforschung der Prostitution sollen auch die Entwicklungen wie die durch die EU-Osterweiterung hervorgerufene Armutsprostitution und den

Internethandel für sexuelle Dienstleistungen in der Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes berücksichtigt werden. Mit Hinblick auf die Entwicklung von Bordellen zu profitorientierten Großbetrieben mit Flatrate-Angeboten, sollen Prostitutionsstätten zukünftig genauer definiert und es soll u. a. geprüft werden, ob ordnungsrechtliche Rahmen zur Erlaubnispflicht dieser Prostitutionsstätten mit gesundheitlichen und hygienischen Standards eingeführt werden können. Auch eine bessere Bekämpfung des Menschenhandels soll mit der Novellierung erreicht werden, in dem die vom Menschenhandel meist weiblichen Betroffenen bessere Aufenthaltsrechte eingeräumt werden. Auch niedrigschwellige psychosoziale Beratungsangebote sollen die bereits bestehenden Beratungsangebote zu sexuell übertragbaren Krankheiten ergänzen. Ein Verbot von Prostitution mit der Bestrafung von Freiern wie in Schweden ist nicht vorgesehen. Näheres unter: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=206114.html>
Dazu fand am 12. Juni 2014 eine Experten-Anhörung zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend statt, deren Ergebnisse in den Gesetzentwurf eingearbeitet werden sollen. Die Stellungnahmen sind abrufbar unter: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=208046.html>.

TERRE DES FEMMES stimmt für Sexkaufverbot

Nachdem die damalige Vorsitzende TERRE DES FEMMES Menschenrechte für die Frau e. V. Irmingard Schewe-Gerigk in der ARD-Sendung "Menschen bei Maischberger" vom 26.11.2013 sich für Prostitution ausgesprochen hatte, positioniert sich der Frauenrechtsverein TERRE DES FEMMES nun doch für ein Sexkaufverbot. Während des Vereinstreffens von TERRE DES FEMMES zum Thema Prostitution vom 29./30.03.2014 stimmten die anwesenden Mitglieder über ein Arbeitspapier ab, das u. a. Sexkaufverbot fordert.



In einer Eil-Postkartenaktion zur Verbesserung des Aufenthaltsrechts für Betroffene von Frauenhandel sollen bis zum 18. Oktober 2014 25.000 Postkarten an Sigmar Gabriel verschickt werden, um den Parteivorsitzenden der SPD an sein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, das Aufenthaltsrecht für Betroffene von Frauenhandel zu verbessern, zur Erinnerung und dessen Umsetzung einzufordern. Die Postkartenaktion ist Teil der Kampagne „Keine Abschiebung der Opfer von Frauenhandel“. Der aktuelle Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums, der eine Ergänzung im Aufenthaltsrecht für Opfer von Frauenhandel vorschlägt, stellt nach Ansicht der TERRE DES FEMMES keine Verbesserung für die Betroffenen dar.

<https://www.frauenrechte.de/online/index.php/tdf-online-shop/product/208-postkarte-eil-aktion-zur-verbesserung-des-aufenthaltsrechts-fuer-betroffene-von-frauenhandel-10er-packung> bestellt werden.

Mit einer Spende von 5 Euro können auch 10 Postkarten über TERRE DES FEMMES an Sigmar Gabriel verschickt werden.

Deutscher Städtetag befürwortet die Novellierung

Auch der Deutsche Städtetag unterstützt laut Pressemitteilung vom 27. Juni 2014 die geplante Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes, um Prostituierte vor Gewalt und der Ausbeutung in Zwangslagen zu schützen und ihre Situation insgesamt zu verbessern. Der Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus machte auch auf negative Begleiterscheinungen im Umfeld von Straßen- und Wohnungsprostitution aufmerksam, die nach Einschätzung des Deutschen Städtetages oft in einem kriminalitätsgeneigten Milieu stattfindet. Regelungswünsche bestehen daher bei der rechtsicheren Ausweisung von Sperrgebieten und der baurechtlichen Beschränkung der Prostitutionsstätten auf bestimmte Gebiete. Durch die Einführung einer kommunalen Erlaubnis für Prostitutionsstätten und Melde- und Anzeigepflichten für die Betreiber sollten die Städte und Gemeinden zwar mehr Kontrolle über Prostitution erhalten, die Wiedereinführung von verpflichtenden Gesundheitsuntersuchungen für Prostituierte wird dagegen nicht befürwortet. Neben einer klaren gesetzlichen Regelung des Prostitutionsgewerbe und neuen ordnungsbehördlichen Kontrollmöglichkeiten wünscht sich der Deutsche Städtetag auch eine gesetzlich geregelte enge Zusammenarbeit mit der Polizei.

Stellungnahme der BAG

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) hat in einem Schreiben vom 02.06.2014 an die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig die Weiterentwicklung des Prostitutionsgesetzes befürwortet. Die Stellungnahme kann eingesehen werden unter: <http://www.frauenbeauftragte.de/pressemitteilungen-und-stellungnahmen-2014/>

Schutzlücken im Sexualstrafrecht

Laut Pressemitteilung des Bundesverbands Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe vom 29.07.2014 werden die wenigsten sexuellen Übergriffe in Deutschland strafrechtlich geahndet. Unter dem Titel „Was Ihnen widerfahren ist, ist in Deutschland nicht strafbar“ hat der bff 100 Fälle ausgewertet, die mit einem Freispruch abgeschlossen oder eingestellt wurden. Ergebnis der Analyse ist, dass es für eine Strafbarkeit nicht ausreicht, wenn die Betroffene lediglich ‚Nein‘ sagt, sondern sie muss sich aktiv verteidigen. Damit wird bei der Bewertung, ob ein sexueller Übergriff strafbar war, die Verantwortung nicht dem Täter, sondern dem Opfer übertragen. Dies widerspricht der Istanbul-Konvention, die am 1. August 2014 in Kraft getreten ist und alle nicht-einverständlichen sexuellen Handlungen unter den Straftatbestand stellt. Über die Forderungen des bff Vergewaltigungen besser strafrechtlich zu verfolgen wurde bereits in unserem letzten Newsletter hingewiesen: <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/nachricht/items/plakat-und-postkartenaktion-bff-fordert-vergewaltigung-verurteilen.html>



Die Fallanalyse zu Schutzlücken im Sexualstrafrecht steht zur Verfügung unter:

<https://www.frauen-gegen-gewalt.de/nachricht/items/bff-legt-fallanalyse-zu-schutzluecken-im-sexualstrafrecht-vor.html>

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) hat in einem Schreiben vom 24.06.2014 an den Bundesinnenminister Heiko Maas die Verbesserung der Rechtsposition von Frauen nach einer Vergewaltigung gefordert. Die Stellungnahme kann eingesehen werden unter:

<http://www.frauenbeauftragte.de/pressemitteilungen-und-stellungnahmen-2014/>

Auf den Umgang der Medien zur Strafbarkeit von Sexualdelikten verweist auch Pinkstinks Germany in seinem Blog vom 16.06.2014. Damit reagiert die Organisation auf einen Protestbrief der stellvertretenden Frauenbeauftragten von der Humboldt-Universität Berlin, Sabine Blackmore, vom 24.03.2014 an die Tatort-Redaktion. Die Tatort-Folge "Kopfgeld" vom 09.03.2014 mit Til Schweiger handelt von einer vergewaltigten Staatsanwältin, die sich nicht traute die Tat anzuzeigen, weil sie die Bestrafung des Täters aus juristischer Sicht als aussichtslos und sich selbst nicht als Opfer sexualisierter Gewalt sehen will. Der Schriftwechsel mit der ARD-Redaktion ist einzusehen unter: <http://pinkstinks.de/vergewaltigung-im-ard-tatort-gleichstellungsbeauftragte-laufen-sturm/>

Audit berufundfamilie zertifiziert familienfreundliche Unternehmen 2014

In Berlin wurden am Dienstag, 17.06.2014 322 Unternehmen, Institutionen und Hochschulen ausgezeichnet, die in den vorangegangenen zwölf Monaten das „audit berufundfamilie“ bzw. „audit familiengerechte hochschule“ erfolgreich durchlaufen haben. Das Zertifikat wird seit 1998 von der berufundfamilie gGmbH - einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung vergeben, wenn Unternehmen in einem kostenpflichtigen audit nachhaltig eine familienbewussten Personalpolitik einführen bzw. fortführen. In Zeiten des drohenden Fachkräftemangels nutzen auch 16 weitere Unternehmen, Vereine und Institute in Sachsen das audit als strategisches Managementinstrument:

Dresden - AOK PLUS - Die Gesundheitskasse für Sachsen und Thüringen, Medizinischer Dienst der Krankenversicherung im Freistaat Sachsen e.V., Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden, Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung Dresden e.V., Leibniz-Institut für Polymerforschung Dresden e.V., Technische Universität Dresden, Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Leipzig - Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH, seecon Ingenieure GmbH, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung GmbH - UFZ, Leibniz-Institut für Oberflächenmodifizierung e.V.,

Plauen - Sparkasse Vogtland

Chemnitz- envia Mitteldeutsche Energie AG

Freiberg - Technische Universität Bergakademie Freiberg

Weitere Informationen unter: www.beruf-und-familie.de

Familienleitbilder in Deutschland

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. hat Ende Juni eine kritische Studie über die Wirkung von Leitbildern auf Familiengründung und -entwicklung herausgegeben. Dabei wurden Ergebnisse

einer Befragung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (2013) analysiert. Ein eindringlicher Fokus wurde dabei auch auf die kulturellen Erwartungen unserer Gesellschaft an die Familien gelegt. Sehr aufschlussreich ist die Erkenntnis, dass die niedrigen Geburtenraten in unserem Land im Zusammenhang mit einer verantworteten Elternschaft und dem Mythos der Mutterliebe zusammenhängen. Allein wegen der abschließenden Handlungsempfehlungen lohnt sich ein Blick auf diese Studie: <http://www.kas.de/wf/de/33.38060/>

Gesetzentwurf zur Frauenquote

Am 25. März haben Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und Bundesjustizminister Heiko Maas Leitlinien eines Gesetzesvorhabens für eine gerechte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen vorgelegt. Zum einen werden mehr als 100 börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen verpflichtet, bei der Neubesetzung ihrer Aufsichtsräte ab dem Jahr 2016 eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent zu erfüllen. 3.500 Unternehmen, die entweder börsennotiert oder mitbestimmt sind - müssen ab 2015 verbindliche Ziele zur Erhöhung des Frauenanteils setzen und die Fortschritte regelmäßig veröffentlichen. Auch für den Öffentlichen Dienst sind Verbesserungen vorgesehen. Dazu werden das Bundesgleichstellungsgesetz von 2001 und das Bundesgremienbesetzungsgesetzes von 1994 modernisiert und fortentwickelt. Die Unternehmen mit Bundesbeteiligung sollen mit gutem Beispiel vorangehen. Das Gesetzesvorhaben wird noch in diesem Jahr auf den Weg gebracht, damit es 2015 in Kraft treten kann.

Die Hans-Böckler-Stiftung stellt dazu fest, dass zum heutigen Stand 142 männliche Aufsichtsräte bis 2016 ihren Sitz für Frauen zu räumen hätten. Auf der Arbeitnehmerbank ist der Frauenanteil bereits heute deutlich höher: Hier müssten nur 91 Mandate neu an Frauen vergeben werden. Ende 2013 erfüllten lediglich fünf Unternehmen bereits die geforderte 30-Prozent-Quote: die Deutsche Bank, Beiersdorf, Cewe, Henkel sowie die Telefonica Deutschland. Zu den Auswirkungen der geplanten Geschlechterquote in den Aufsichtsräten:

<http://www.boeckler.de/31613.htm>

Frauenanteil nach der EU-Wahl

Der Anteil weiblicher Abgeordneter im neugewählten EU-Parlament hat sich minimal von 35 % aus der letzten Legislaturperiode auf nun 36 % nach der Wahl 2014 erhöht. Deutschland repräsentiert im europäischen Vergleich mit 35 weiblichen von insgesamt 96 Abgeordneten damit den Durchschnitt. Mit dem höchsten Frauenanteil von 67 % ist Malta vertreten. Näheres unter: <http://www.europawahl-bw.de/frauenanteil.html>

Unter den Zielvorgaben liegt auch die Frauenquote der 28-köpfigen EU-Kommission. Trotz der 40-Prozent-Vorgabe von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker werden die Mitgliedstaaten wahrscheinlich nicht mehr als 8 Kommissarinnen benennen. In der letzten Kommission waren 9 Frauen vertreten. Für den Vorschlag von Günther Oettinger erteilte Bundeskanzlerin Angela Merkel von der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (BAG) in einem offenen Brief vom 17.07.2014 Kritik. Die Stellungnahme kann eingesehen werden unter:

<http://www.frauenbeauftragte.de/pressemitteilungen-und-stellungnahmen-2014/>

Deutscher Städtetag fordert Sicherung der Hebammen-Versorgung

Der Deutschen Städtetag hat per Pressemitteilung vom 01.07.2014 an den Bund appelliert Maßnahmen zur langfristigen Sicherung der Hebammen-Versorgung zeitnah umsetzen. Die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, hält Hebammen für einen "unverzichtbaren Bestandteil der gesundheitlichen Versorgung [...] sowohl in der stationären als auch in der ambulanten Versorgung vor, während und nach der Geburt eines Kindes" Insbesondere die Rahmenbedingungen für freiberuflichen Hebammen sollen verbessert werden. Ferner begrüßt der Deutsche Städtetag die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung wie die Verlängerung von Gruppenrahmenverträgen für die Haftpflichtver-

sicherung oder die Übernahme von Prämienhöhungen durch die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Auch die Einführung eines Sicherstellungszuschlags zur Finanzierung der Haftpflichtprämien der Hebammen und die Beschränkung von Regressansprüchen sind im Gespräch.

Der Deutsche Hebammenverband hat mit der Meldung vom 05.08.2014, das Angebot der Krankenkassen zum Ausgleich der Haftpflichtprämie akzeptiert, nach dem dieses um die gesetzlich festgelegten Zuschläge für Hebammen erweitert wurde. Um die finanzielle Lage der freiberuflich tätigen Hebammen aufgrund der gestiegenen Haftpflichtprämie nicht zu gefährden, verzichtet der Verband auf ein geplantes Schiedsstellenverfahren, das zu einer zeitlichen Verzögerung führen würde. Es wird aber weiterhin eine langfristige Lösung der Haftpflichtproblematik gefordert. Ab Juli 2015 soll den freiberuflichen Hebammen für die Geburtshilfe ein Sicherstellungszuschlag zur Verfügung stehen. Die Schwangeren- und Wochenbettversorgung wird weiterhin nicht gesichert. Näheres unter: <http://www.hebammenverband.de/aktuell/nachricht-detail/datum/2014/08/05/artikel/deutscher-hebammenverband-akzeptiert-angebot-der-krankenkassen-zum-ausgleich-der-haftpflichtpraemie/>

Hilfen für Schwangere

IRIS wird verlängert. Registrierungen für die Online-Beratung "IRIS" für alkohol- und tabakkonsumierende Schwangere sind nun bis April 2015 möglich. Das Bundesministerium für Gesundheit hat die Förderung des Projekts für ein ganzes Jahr zugesagt.

Näheres unter <http://www.iris-plattform.de/>

Material zum Hintergrund und Öffentlichkeitsarbeit ist verfügbar unter: <http://www.medizin.uni-tuebin-gen.de/Patienten/Kliniken/Psychiatrie+und+Psychotherapie/Allgemeine+Psychiatrie/Sektion+f%C3%BCr+Suchtmedizin+und+Suchtforschung/IRIS+Beratungsplattform.html>

Über das Online-Projekt "Der Schwangerendepression davon spazieren" können Frauen in der 14.-22. SSW depressiven Schwangeren mit Übergewicht helfen. Das Uniklinikum Leipzig sucht für das internetbasierte Psychotherapieangebot Studienteilnehmerinnen. Informationen dazu unter:

http://www.zv.uni-leipzig.de/service/presse/nachrichten.html?ifab_modus=detail&ifab_id=5609

Infobrief Geschlechterpolitik

Der erste Infobrief der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zum Thema Geschlechterpolitik ist erschienen. Jährlich zwei Ausgaben sollen künftig über die konkrete Arbeit der FES im Themenbereich Gleichstellung berichten und damit den Gender-Jahresbericht der Stiftung ablösen. Neben einer Online-Version wird er auch in begrenzter Auflage als Printversion erscheinen. Im Fokus der ersten Ausgaben stehen Krisenzeiten: Geschlechtergerechtigkeit unter Druck. Anmeldung unter: <http://www.fes.de/gender/infobrief/>

Darüber hinaus nimmt die 2. Gender-Studies-Tagung der FES und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) am 25.09. 2014 in Berlin das Thema Gender-Ungleichheit in den Fokus. Das Programm der Veranstaltung kann zeitnah eingesehen werden unter: <http://fes.de/forumpug/inhalt/aktuell.htm>

Lesenswert ist auch die von der FES herausgegebene Expertise zu familien- und geschlechterpolitische Positionen der Anfang 2013 gegründeten Bundespartei "Alternative für Deutschland". Die im März 2014 veröffentlichte Untersuchung von Andreas Kemper "Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise" kann unter www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=10641&ty=pdfpdf heruntergeladen werden.

Eine interessante Argumentationsgrundlage bietet auch die Expertise über Geschlechtergerechtigkeit von Dr. Irene Pimminger: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10739-20140513.pdf>

Außerdem wurde im Juli eine aufschlussreiche Expertise über Maskulismus von Robert Claus veröffentlicht:

library.fes.de/pdf-files/dialog/10861.pdf

Auf dem Weg zur Gleichstellung

Obwohl immer mehr Frauen hohe Bildungsabschlüsse haben ist ihr Anteil in den Chefetagen nach wie vor gering. Sie verdienen im Durchschnitt weniger als ihre männlichen Kollegen und auch der Anteil in der Wissenschaft stagniert. Keine neuen Erkenntnisse, aber verlässliches Datenmaterial hat das Statistische Bundesamt aus dem Mikrozensus 2012 am 31.07.2014 veröffentlicht:

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2014/Gleichstellung/Gleichstellungg_2014_Ueb.html

bff-Bilderset in leichter Sprache

Der bff hat ein Bilderset veröffentlicht, das die Beratung von Frauen und Mädchen mit Lernschwierigkeiten oder einer so genannten geistigen Behinderung unterstützen soll. Das Leichte-Sprache-Bilderset mit 60 Bildern im Postkartenformat in einer stabilen Metallbox kostet 29 Euro zuzüglich Porto und Verpackung. Weitere Informationen und Bestellung unter: www.frauen-gegen-gewalt.de/bff-materialien-und-veroeffentlichungen.html

Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe
Frauen gegen Gewalt e.V.
Petersburgerstraße 94
10247 Berlin

Tel: 030 322 99 500
E-Mail: info@bv-bff.de
www.frauen-gegen-gewalt.de

Du willst es doch auch?

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen hat Beschwerde über den Werbespot vom Privatsender Sky Deutschland „Soweit muss es nicht kommen“ eingelegt. Dieser ist nicht nur geschlechterdiskriminierend und auf ungeahnte Weise geschmacklos, sondern richtet sich auch noch gegen den Jugendschutz. Da die Werbung weiterhin läuft, bittet die LAG Sachsen sich an der Protestaktion mit der anliegenden Beschwerdekarte, die von der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbüros entwickelt wurde, zu beteiligen. Die anliegende Beschwerdekarte kann per Mail an folgende Adressen gesandt werden: holger.enßlin@sky.de (Vorstandsmitglied für Recht und Medienpolitik) und/oder Jugendschutzbeauftragte@sky.de mit Ihrer kurzen Nachricht, warum Sie für die Absetzung des Werbespots sind. Oder Sie nutzen für Ihren Protest den nachstehenden Link www.frauenbeauftragte.de/bag-themen/sexistische-werbung-2/protestpostkarte/. Beschwerdestellen: www.frauenbeauftragte.de/bag-themen/sexistische-werbung-2/beschwerdestellen-2/ Birgitt Purschke, Leiterin der Bundesgeschäftsstelle des Dt. Frauenring e.V.

Der Werbespot kann über YouTube unter folgendem Link www.youtube.com/watch?v=QQFNmpprxAc angesehen werden

Wege nach dem Abi – Wie FRAU heute Karriere macht

Dieses Buch ist speziell für junge Frauen konzipiert, die vor der Berufswahl stehen. 22 Interviews von berufstätigen Frauen - von der Pilotin bis zum Vorstandsmitglied, mit und ohne Fami-

lie - geben Auskunft über ihre unterschiedlichen Erfahrungen, über ihre Arbeit und den damit verbundenen Herausforderungen.



Wege nach dem Abi – Wie FRAU heute Karriere macht. 22 Interviews mit erfolgreichen Frauen

2014, 202 S. (PW) Kt.

19,80 €, 34,90 CHF

ISBN-13: 978-3-8169-3237-6

<http://www.wege-nach-dem-abi.info/>

Veranstaltung Pink stinkt!?

Am 24.09.2014 findet 19:30 Uhr im Stadtmuseum München, St.-Jakobs-Platz 1, München ein Gespräch mit Dr. Stevie Schmiedel, Dozentin für Genderforschung und Gründerin des Vereins Pinkstinks Germany statt. Der Verein beschäftigt sich mit Geschlechterklischees die über die Medien verbreitet werden, wobei insbesondere wie das in unserer Kultur geprägte "Weibliche" abgewertet wird. Die Veranstaltung ist eine Kooperation mit dem Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eintritt: 8 Euro, Ermäßigt 6 Euro. Kartenreservierungen unter info@frauenstudien-muenchen.de. Weitere Informationen zur Veranstaltung, sowie die Möglichkeit zur Anmeldung unter: <http://www.frauenstudien-muenchen.de/event/pink-stinkt/>

Kinder leiden mit

Die Neuauflage des BMFSFJ-Elternbrief „Kinder leiden mit – Rat und Hilfe bei häuslicher Gewalt“ ist erschienen. Die vom Arbeitskreis Neue Erziehung herausgegebene Information soll Opfern von häuslicher Gewalt dabei unterstützen für ihre Kinder und sich selbst Hilfe zu suchen. Der Brief ist auch in türkisch, arabisch und russisch erhältlich unter <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=133130.html>.

Studie über Partnergewalt aus der Betroffenen Sicht

Das Schweizer Forschungsinstituts Social Insight GmbH hat unter dem Titel "Der Polizist ist mein Engel gewesen" die Ergebnisse einer Studie zur "Betroffenensicht zu Recht und Interventionen bei Partnergewalt - auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter?" veröffentlicht. Die Forscherinnen Hanna Meier und Daniela Gloor haben die Erfahrungen von Interventionen von Betroffenen bei häuslicher Gewalt ausgewertet und stehen für einen fachpolitischen Austausch bereit. Die Studie und Kontakte sind abrufbar unter: <http://socialinsight.ch/index.php/betroffenensicht>

Start des Modellprogramms "JUGEND STÄRKEN im Quartier"

Am 10.07.2014 tritt das neue bundesweite Modellprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) in Kraft. Mit "JUGEND STÄRKEN im Quartier" sollen in ausgewählten Kommunen benachteiligte junger Menschen bei ihrem Übergang von der Schule in den Beruf gestärkt werden. Neben sozialpädagogischen bedarfsorientierten Unterstützungsangeboten werden auch Mikroprojekte angeboten, die zur Aufwertung des unmittelbaren Wohnumfeldes für jungen Menschen beitragen. Zu den benachteiligten Quartieren gehören die Programmgebiete des Städtebauförderprogramms 'Soziale Stadt'. Das Programm wird zunächst für vier Jahre ab 2015 aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Bundes gefördert. Kommunen können ab sofort ihr Interesse bekunden. Weitere Informationen zum Programm und zum Interessenbekundungsverfahren unter www.jugend-staerken.de

Fortsetzung Bundesprogramme zur Förderung von Kindern und Familien

Gemäß Pressemitteilung des BMFSFJ werden die Bundesprogramme "Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration" und "Frühe Hilfen" bis zum 31. Dezember 2015 fortgesetzt.

Ziel des Programmes "Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration" ist die gezielte Frühförderung von Kinder in ihrer sprachlichen Entwicklung durch zusätzliche Sprachexpertinnen und Sprachexperten. Um bildungsferne Familien zu erreichen, erhalten rund 4.000 Schwerpunkt-Kitas bundesweit in benachteiligten Sozialräumen die Förderung. Die geförderten Kindertagesstätten erhalten 25.000 Euro und als Einrichtungsverbund 50.000 Euro pro Jahr. Nach 2015 soll die Initiative aufbauend aus der Evaluation des Förderprogrammes weiterentwickelt werden, bzw. die Erkenntnisse für den Bildungsplan bereitgestellt werden.

Weitere Informationen unter www.bmfsfj.de und www.fruehe-chancen.de.

Die 2. Förderphase der Bundesinitiative Frühe Hilfen wurde in enger Zusammenarbeit mit den Ländern entwickelt. Ziel ist der Ausbau von bundesweiten flächendeckenden Netzwerken zur Unterstützung von Familien. Herausforderung des Förderprogrammes ist es nun weitere Partner aus dem Gesundheitswesen zu finden.

Weitere Informationen unter www.fruehehilfen.de

Auch die Finanzierung der bundesweit 450 Mehrgenerationenhäuser ist für 2015 gesichert. Ziel der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig ist die nachhaltige Sicherung der Begegnungsorte für Menschen aller Generationen gemeinsam mit den Ländern und Kommunen. Detaillierte Informationen zur genauen Ausgestaltung des neuen Förderprogrammes stehen noch nicht fest. Informationen zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II unter www.mehrgenerationenhaeuser.de.

Ergebnisse zum Pilotprojekt "Kommunale Familienzeitpolitik"

Gemäß Pressemitteilung des BMFSFJ wurden am Zukunftskongress der Initiative "Lokale Bündnisse für Familie" vom 24.06.2014 die Ergebnisse des Pilotprojekts "Kommunale Familienzeitpolitik" vorgestellt. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass Zeit für zwei Drittel der interviewten Familien wichtiger als Geld ist und vor allem Krankheiten und ungeplante Überstunden Zeitstress in Familien verursachen. Die Befragung fand an fünf Standorten mit insgesamt 2.224 Eltern mit Kindern unter 14 Jahren statt. Davon ausgehend wurden an den Pilotstandorten kommunale Lösungen erarbeitet, die unter:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie.did=207974.html> abrufbar ist.

Näheres auch unter: www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de

Starke Bilder von starken Frauen

Der Deutsche LandFrauenverband (dlv) hat in der Studie "Mädchenbilder – Handwerksrollen: Images und geschlechtergerechte Ansprache in ländlichen Räumen" analysiert, dass Frauen und Männer in den Medien zur Berufsinformation noch immer in traditionellen Rollenmuster gezeigt werden. Dabei wurden im Rahmen des Projekts "Qualifizierung von Equal-Pay-Beraterinnen" in drei ländlichen Regionen die mediale Darstellung von handwerklichen und landwirtschaftlichen Ausbildungsberufen untersucht: Der dlv schlägt vor, Unternehmen im ländlichen Raum über die Möglichkeiten einer geschlechtersensiblen Berufsdarstellung zu informieren. Die Studie kann abgerufen werden unter: info@landfrauen.info

<http://www.landfrauen.info/>

Quelle: <http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/-1bc744d807.html>

Soroptimist Deutschland Preis

Der mit 20.000 Euro dotierte Soroptimist Deutschland Preis wird zum Internationalen Frauentag, am 8. März 2015, zum vierten Mal verliehen. Der Preis der weltweit größten Service-Organisation berufstätiger Frauen zeichnet Personen oder Organisationen aus, die sich erfolg-

reich für die Verbesserung der Stellung der Frau eingesetzt haben. Die Vorschläge können bis zum 30.09. 2014 eingereicht werden. Ausschreibungsunterlagen unter:

<http://www.soroptimist.de/ueber-uns/neuigkeiten/details/datum/2014/06/02/soroptimist-deutschland-preis-2015/>

Frauen im öffentlichen Dienst kommen seltener an Führungspositionen

Trotz Landesgleichstellungsgesetze liegt der Frauenanteil im öffentlichen Dienst in den Besoldungsgruppen A16/E15Ü und ab B5 nach wie vor unter 30 Prozent. Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, hat in einem Gutachten für das Bundesland Nordrhein-Westfalen herausgefunden, dass "die Handhabung der Leistungskriterien in der bisherigen Verwaltungs- und Gerichtspraxis" problematisch ist. Aus diesem Grund wird die gesetzlich verankerte Forderung, Frauen nach einer leistungsbezogenen Quote bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung zu bevorzugen, praktisch nicht umgesetzt. Stattdessen werden die Bewertungskriterien bei Bewerbungen so lange ausdifferenziert, bis es keine Kandidatin mit gleicher Eignung sondern eine Reihenfolge von Kandidaten und Kandidatinnen gibt, so dass die Wahl oft auf den vermeintlich bestqualifizierten männlichen Bewerber fällt. Papier schlägt für eine Novellierung daher vor: "Frauen sind bevorzugt zu befördern, soweit ein Bewerber nicht eine offensichtlich bessere Eignung, Befähigung oder fachliche Leistung vorzuweisen hat."

Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/karriere/oeffentlicher-dienst-warum-frauen-so-selten-geeignet-sind-1.2036202>

Die Ende Mai veröffentlichte Studie kann heruntergeladen werden unter: <http://www.mik.nrw.de/>

Auch in öffentlichen Unternehmen fehlen Frauen in Führungspositionen. Der am 02.07.2014 zum ersten Mal veröffentlichte Public Women-on-Board (WoB) Index verweist darauf, dass in den Aufsichtsräten der 225 größten Unternehmen, an denen Bund, Länder oder Gemeinden mehrheitlich beteiligt sind, gerade zu einem Viertel von Frauen besetzt ist. Bei Vorstands- und Geschäftsführungspositionen liegt der Frauenanteil bei 13,9 Prozent. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verspricht mit dem Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen Besserung. Der Referentenentwurf vom 25.03.2014 ist zu finden unter: www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=205630.htm

Die Studie zum Public WoB mit allen Rankings wird veröffentlicht unter: www.fidar.de/public-wob-index

Forschungsprojekt über Gender Mainstreaming in der Bochumer Kommunalpolitik

Ergebnisse des Kooperationsprojektes mit dem Frauenbeirat der Stadt Bochum und der Fakultät für Sozialwissenschaft "Wissenschaft und Politik gehen Hand in Hand - Gender Mainstreaming im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis" wurden veröffentlicht.

Fazit von neun studentischen Master- Arbeiten und zwei Forschungsberichten ist, dass aus kommunalpolitischer Sicht Gleichstellungsarbeit weiterhin nicht als Querschnittsaufgabe, sondern als Frauenförderung und damit als Aufgabe von Gleichstellungsstellen gesehen wird. Ergebnisse und Handlungsempfehlungen sind abrufbar unter: <http://aktuell.ruhr-uni-bochum.de/pm2014/pm00050.html.de>

Zeit für Zeit - Anders arbeiten, besser leben.

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen lädt zu einer Veranstaltung zum Zeitmanagement für berufstätige Familien unter dem Titel "Zeit für Zeit - Anders arbeiten, besser leben." am 03.09.2014 von 10:00 - 16:00 Uhr in den Deutschen Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Europasaal 4.900 Konrad-Adenauer-Str. 1 10557 Berlin ein. Die Veranstaltung ist barrierefrei und bietet eine kostenfreie Kinderbetreuung an. Anmeldeschluss ist der 25.08.2014. Anmeldung und nähere Informationen unter: <https://www.gruene-bundes->

tag.de/news/termin_ID_2000125/veranstaltung/zeit_fuer_zeit_anders_arbeiten_besser_leben_terminID_205.html

Umfrage "Was Frauen wollen"

Bereits zum zweiten Mal führen die Veranstalter der women&work die Umfrage "Was Frauen wollen" durch, mit dem Ziel, Wünsche und Anforderungen von Frauen an potentielle Arbeitgeber erfragen. Die Ergebnisse sollten Unternehmen Anregungen für eine gendergerechte Arbeitsumgebung geben und Frauen Karriereperspektiven ermöglichen.

Zur Umfrage: <http://www.q-set.de/q-set.php?sCode=DXMNGQHYYTB>

Impressum:

Herausgeberin:

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Sachsens

c/o Landratsamt Görlitz

Bahnhofstraße 24

02826 Görlitz

Tel: 03581 663 9009

E-Mail: lag-gsb@dresden.de

Verantw. Redakteurin i. S. d. P.

Annett Schrenk

Telefon: 03731 7993328

E-Mail: annett.schrenk@landkreis-mittelsachsen.de

Katrin Pilz (in Elternzeit)

Telefon: 03731 4441059

E-Mail: gsb.freiberg@gmail.com